

# Volksstimme

Redaktion:  
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17  
Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)  
für den Regierungsbezirk Merseburg  
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:  
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27  
Fernsprecher 5407

Nr. 148      Preis: Monatlich 1,75 Mk. frei Haus. Bei Abnahme 160 Mk. Bei den Abonnenten monatlich 5,25 Mk. ohne Postgeb. Einzelnummer 15 Pfennig.      Halle, Donnerstag, den 3. Juli 1919      Anzeigenpreis: Die 60spaltige 10 Zeilen-Zeile 20 Pfennig. Im Reklameteil 10 Pfennig. Bei 60 Zeilen. — Schluss der Anzeigen-Nahme vormittags 10 Uhr.      3. Jahrgang

## Zum Tode verurteilt.

Budapest. Nach einer Meldung des Ungar. Telegramm-Bureaus veröffentlicht die Regierung einen Aufruf an alle Soldaten der Roten Armee, worin gelagt wird: Die Interessen des proletarischen Vaterlandes machten es notwendig, nicht weiter vorwärts zu gehen, sondern einen Teil der in ruhmvollem Kampfe eroberten Gebiete zu verlassen und sich auf ein anderes Gebiet zu bewegen, das gesamtlich die stärksten Kräfte der russischen Völker befehl hielt. Man weiche nicht zurück vor den tschechoslowakischen Imperialisten, man habe es zu tun mit der gesamten Macht der französischen, englischen und amerikanischen Weltmächte, die ihren großen Sieg ausnützten.

Dieser Meldung ging in wenigen Worten eine andere amtliche ungarische Meldung voraus, daß die ungarischen Truppen auf Befehl der Entente hinter die von dieser bestimmten Demarkationslinie zurückgezogen werden. Zu gleicher Zeit bittet der Oberkommandierende der ungarischen Roten Armee, daß die ungarischen Truppen in den von räumenden Verbänden für ihre Maßnahmen nicht verantwortlich zu machen, da sie nur die Befehle der Budapest Regierung verfolgt hätten. Rechnet man hinzu, daß es der Regierung nur mit Mühe, unter Aufsicht der drakonischsten Wache, gelungen ist, sich gegen den Aufruf sowohl der Reaktionen wie der unzufriedenen Arbeiter zu behaupten, so kann man sagen, daß dies

seinen Schatten springen, niemand kommt mit dem Kopf durch die Wand, er wird sich dabei immer den Schädel einrennen.

So geht es den Ungarn, so geht es uns, wenn wir der Bolschewiken-Beispielen folgten. Die gegebenen Verhältnisse müssen in Rechnung gestellt werden, wir leben inmitten hochkapitalistischer, imperialistischer Staaten. Das wird mit den schönsten Phrasen und den begehrtesten Schwärmereien nicht aus der Welt geschafft. Was wider die Natur ist, ist nicht lebensfähig, und was

nicht lebensfähig ist, muß sterben. So war es, so ist es, so bleibt es.  
Die französischen, englischen und amerikanischen Weltmächte haben die ungarische Regierung zum Tode verurteilt, sie werden das Todesurteil auch vollziehen, denn sie haben den freien Willen und auch die Macht dazu.  
Wir aber wollen leben. Darum kann für uns Deutsche und vor allem für uns deutsche Sozialisten das ungarische wie das russische Rätediktatur-Experiment immer nur ein abgedrehtes Beispiel sein.

## Deutschland will schnelligste Ratifizierung.

Schon Anfang nächster Woche.  
Berlin, 2. Juli. (M.F.B.) Durch die deutsche Friedensdelegation in Versailles wurde dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau folgende Note überreicht:  
„Sehr Präsident!

Auf die Note vom 28. 6. betreffend die Aufhebung der Blockade beziehe ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:  
Die deutsche Regierung nimmt durch Kenntnis, daß die alliierten und assoziierten Regierungen bereit sind, sobald sie von der ordnungsmäßigen, vollständigen Ratifizierung des Friedensvertrages absehen, die Ratifizierung des Friedensvertrages aufzuheben. In dem Bewußte, so schnell wie möglich von der für Deutschland so schweren, verhängnisvollen Blockade befreit zu werden, wird die deutsche Regierung alles daran setzen, um die für die Ratifizierung erforderlichen Maßnahmen zu beschleunigen. Sie hofft Anfang der nächsten Woche in der Lage zu sein, den alliierten und assoziierten Regierungen von der erfolgten Beschlußfassung der getragenen Körperschaften und der Vollziehung des Friedensvertrages durch den Reichspräsidenten Mitteilung machen zu können. Die deutsche Regierung ist der Erwartung Ausdruck, daß die alliierten und assoziierten Regierungen in demselben Geiste, der sie zu der Zwangs einer früheren Aufhebung der Blockade veranlaßte, sich damit einverstanden erklären werden, daß, sobald die erwähnten Nachrichten vorliegen, auch mit der Hebung der deutschen Gefangenen aus ihren Ländern begonnen wird.  
Gemeinhin Sie, sehr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.  
Müller, Reichsminister des Auswärtigen.“

Nach einer französischen Note wird die Weimarer Friedenskommission ihre Tätigkeit erst nach Ratifizierung des Friedensvertrages aufheben.

In einem Leitartikel zu der deutschen Note über die Beschleunigung der Ratifizierung schreibt der „Vorwärts“ u. a.: Deutschland wird wohl als erster Staat durch Ratifizierung des Friedens vollziehen. Wir haben zu dem schändlichen Diktat des Versaillers schon früher Stellung genommen. Das, was uns in dieser Stunde bei dem Gedanken des endgültigen Aufschlusses des Friedens am tiefsten bewegt ist das Schicksal unserer Bürger im Westen, Osten und im Norden. Bisher gab es keine Zerbreiten. Von der nächsten Woche an wird es da sein, und aller guter Wille, Frieden und Eintracht in der Welt zu halten, wird an den härteren natürlichen Kräften scheitern, die in den verzweifeltsten Völkern sich aufbäumen und nach Gerechtigkeit luchen.

Deutschlands Wille zur Vertragsaufhebung.  
Berlin, 8. Juli. Die „Deutsche Wk. Ztg.“ berichtet nach der „Neuen Zürcher Zeitung“, daß das Aufheben der Feindseligkeiten an der deutsch-polnischen Grenze in den Kreisen der Friedensstifter als ein erster greifbarer Beweis für den Willen Deutschlands betrachtet wird, den Friedensvertrag zu respektieren. Die Atmosphäre werde dadurch geläutert.

## Wiederannahme der Handelsbeziehungen zwischen England und Deutschland.

Basel, 2. Juli. M.F.B. Drahtet von hier: Engländer berichten, daß die englische Regierung die Wiedererrichtung der in England befindlichen Filialhändler deutscher Firmen und den ungehinderten Telegramm- und Briefverkehr zwischen diesen Filialen und den deutschen Großfirmen genehmigt habe.

Weiter wird aus Basel vom 2. Juli gemeldet: Die „Daily News“ melden, habe das Wirtschaftskomitee der Entente zur Wiedererrichtung englischer Geschäftsbeziehungen

ihnen Hülfe gegeben. Die Ausfuhrerlaubnis hänge von der Annahme des Friedensvertrages in der deutschen Nationalversammlung, aber nicht von der Ratifizierung durch die Parlamente der Ententestaaten ab.

Nach Amerika.  
Der New-Yorker Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ meldet, daß die sofortige Wiederannahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland immer dringender und allgemeiner gefordert wird. Die Zeitung „Sun“ meint, diese Bewegung sei so stark, daß sie den Bundeskongress zwingen werde, das gegenseitige Verbot des Handels mit dem Feinde fallen zu lassen und sich zu öffnen. Allerdings werde Wilson vielleicht sein Veto einlegen und dadurch den Senat zur Ratifizierung des Friedensvertrages zwingen.

## Nichts als gemeine Berhetzung.

Immer und immer wieder rufen die Unabhängigen und Demokratischen „Aktionen“ auf, um die mehrheitssozialistische Regierung zu kürzen, um dadurch bessere Verhältnisse für das Volk zu schaffen. Sie versprechen dabei alles Mögliche, halten das Blau vom Himmel herunter und machen mit ihren demagogischen Mitteln jedem Unzufriedenen plausibel, daß er trotz aller Peinlichkeiten ein Leben herrlich und in Frieden führen könne, wenn die Unabhängigen „Volksbeglückter“ am Ruder wären und die Gesetze des Volkes leiten würden. In jeder Zeit haben wir darauf hingewiesen, um jedem Einseitigen und Karbidenden hat es stets eingeblendet, daß nicht die gegenwärtige Regierung an den Widen anderer Tage schuld ist, sondern eben die mangelhaften Verhältnisse, die durch die verlorenen Kämpfe haben und den Krieg mit seinen Verleertheilungen herbeigeführt wurden, und daß auch die unabhängigen Unabhängigen dem Volke nicht mehr geben könnten als die gegenwärtige Regierung.

Sie sind und wieder gibt es Unabhängige, die ehrlich genug sind, es auch anzuprechen. So hat der ausgesprochene Führer der linken Unabhängigen, der Versäufende Berliner Volkskämpfer Ernst Dümmler, die sich am Dienstag mit der gegenwärtigen Lage der schaffigen, folgenden begründenden Satz geprägt:

„Wenn an Stelle von Bauer, Wiffel und wie sie alle heißen, Haase, Sohn, Dörschfeld in der Regierung säßen, würden die Dinge auch nicht besser gehen.“

Als also! Wenn danach die Unabhängigen weiter sagen werden: Die „sozialistische“ Regierung ist eine Berhetzregierung, die hinweggefegt werden und durch eine alles umarmende unabhängige Regierung ersetzt werden muß, so wird jeder wissen, was er davon zu halten hat. Ganz andere Worte als der Wille, dem Volke zu helfen, sind es, die die Unabhängigen zu ihrer „Propaganda“ treiben und man kann diese Art der „Aufklärung“ wider besseres Wissen nicht anders als gemeine Berhetzung bezeichnen.

## Vertrauensvotum für die General-Kommission.

Berlin, 2. Juli. (M.F.B.) Laut „Vorwärts“-Mitteilung aus Nürnberg ist auf dem Generalrat der General-Kommission ein Vertrauensvotum mit übergeordneter Mehrheit angenommen worden. Vom Metallarbeiterverband stimmten 63 Delegierte dafür, 64 dagegen, vom Eisenarbeiterverband 13 für und 12 gegen. Andere Verbände stimmten fast geschlossen dafür. Der Antrag der Gewerkschaften kam gegen die Willen der Streik-Komitees ein, gegen den Vorbehalt der Streik-Komitees ein, gegen den Vorbehalt der Streik-Komitees ein.

bedeutet, die Ungarn seit der Ueberrahme der Macht durch Bela Kun aus den Händen des Grafen Karolyi getrieben hat. Dieses Ergebnis war ohne besondere Prophezeiung vorauszusagen, um so schwerer wiegt die Verantwortung der Führer, die vorläufig noch in Budapest Regierende sind. Sie konnten man auch annehmen, daß der Teil eines Landes, das rechts zusammengebrochen war, noch einmal die Waffen gegen eine übermächtige Koalition mit Erfolg erheben könnte? Das äußere Wagnis ist so leichtfertig wie das innere. Es ist kennzeichnend, daß es ausschließlich agrarische, kapitalistische noch unentwickelte Länder sind, die als erste

## tragische Experiment des Bolschewismus

unternehmen. Gerade Karl Marx, als dessen konsequente Jünger sich die Kommunisten rühmen, hat nachgewiesen, daß der Kapitalismus und die Erreichung seiner höchsten wirtschaftlichen Reife notwendige Vorbereitungen des Sozialismus sind. Während es in Rußland die brennende Sehnsucht nach dem Frieden war, die dem Bolschewismus den Boden vorbereitete, war es in Ungarn gerade die entgegen gesetzte Tatsache, die Brutalität des herrschenden Regimes, die viele Kreise für die Unterstützung der Regierung einnahm, weil die ungarischen Kommunisten gefühllos mit der Parole des heiligen Kampfes gegen das Ententekapital zu agitieren verstanden — alles Gründe, die das Fehlen der wesentlichsten Bedingung zum Gelingen des ultrajobalistischen Versuches nicht erlösen konnten. Nun wird Sowjet-Rußland bald wieder allein stehen. Mit Polen hat es einen Vertrag geschlossen, womit vorläufig der Waffenkampf zwischen Polen und Sowjetrußen beendet sein dürfte. Die Kämpfe gegen Denikin, Koltschak und die Ukraine Generale können als innere Auseinandersetzungen Rußlands betrachtet werden. Damit kann man feststellen, daß der rote Militarismus, der

## bolschewistische Expansionsdrang, ebenso Schiffbruch erlitten

hat wie der Panislamismus und der Großmachtgedanke der Z. L. Monarchie von ebendem.

So wenig es der Entente zu gönnen ist, daß sie überall den Trümpf auspielen kann, so viel näher uns eine bolschewistische Regierung immer noch steht als die brutal-kapitalistische eines Clemenceau, so sicher ist auch die ungarische Erfahrung eine heilsame Lehre. Es ist notwendig, daß einmal ein Ende damit gemacht werden muß, die Völker von einer Weltmission in die andere zu führen, mag sich eine solche reaktionär-nationalistisch oder international-bolschewistisch formulieren.

Die Behauptung der inneren und äußeren Mächte der Welt ist lediglich eine Frage friedlicher Entwicklung und reiferer Verhältnisse. Alle die Experimente, die nicht mit den Tatsachen rechnen, müssen als gescheitert angesehen werden. Niemand kann über

# Die neuen Reichsteuern.

Der Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 zerfällt in zwei Hauptteile: erstens in die Abgabepflicht der Einzelpersonen und zweitens in die Abgabepflicht der Gesellschaften. Das Mehrertrommen, das die Einzelpersonen gegenüber dem im Gesamtvermögen abgabepflichtigen Einkommen erzielt haben, soll, soweit es 3000 Mark übersteigt, mit einer Steuer belegt werden, die für die ersten 10000 Mark 5 v. H. beträgt und auf Grund eines Staffelsatzes bis auf 50 v. H. ansteigt. Vom Mehrertrommen, den die Gesellschaften im fünften Kriegsrechnungsabgabejahr erzielt haben, ist eine Abgabe bis zu 80 v. H. zu bezahlen, während nach dem Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 die höchste Abgabe 60 v. H. betrug.

Der Entwurf des Kriegsabgabengesetzes für 1919 wird über die Kriegsabgabebefreiung der Gesellschaften, nicht aber über die Erbschaftsteuer abgehandelt. Die beiden Punkte sind vielmehr der Entwurf eines Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs dienen, die sich daher auf die Befreiung der Einzelpersonen beschränkt. Sie haben eine Abgabe von dem in der Zeit vom 31. Dezember 1918 bis zum 31. Dezember 1919 erzielten Vermögenszuwachs, soweit er den Betrag von 50000 Mk. übersteigt, zu zahlen. Dabei wird die auf Grund des Kriegsabgabengesetzes vom 21. Juni 1918 und auf Grund des Gesetzes über die Erhebung eines Zuschlages zur Kriegssteuer vom 9. April 1917 gezahlte Steuer von dem auf Grund des neuen Gesetzes zu zahlenden Betrage in Abzug gebracht. Ueber die Höhe der Abgabe bestehen zwischen der Regierung und dem Staatenausschuß Meinungsverschiedenheiten. Die Regierung will, daß jeder Vermögenszuwachs, der den Betrag von 204500 Mk. übersteigt (einschließlich der abgabefreien 50000 Mk.), einlöslich ist. Der Staatenausschuß will, daß die vollständige Begreifung erst beim Vermögenszuwachs von 440500 Mk. eintritt. Von den neu in den Entwurf genommenen Bestimmungen ist besonders die bemerkenswert, daß die seit dem 31. Dezember 1918 eingetretenen Verluste berücksichtigt werden sollen.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Erbschaftsteuer sieht den Ausbau der bestehenden Erbschaftsteuer im Sinne ihrer Ausdehnung auf das Gattungs- und Kindeserbe und der verstärkten Heranziehung der engeren Verwandtschaftsgrade vor. Ferner eine entsprechende Erweiterung der Schenkungssteuer. Die Erbschaftsteuer soll nach den persönlichen Verhältnissen des Erwerbers in sechs Klassen erhoben werden. Die Steuer ist je nachdem niedriger oder höher, ob der Erwerber in näheren oder entfernteren oder gar keinen Verwandtschaftsbeziehungen zu dem Erblasser steht. Die Steuer soll ferner nicht bloß nach der Höhe des Erbes, sondern auch nach dem Erbschaftscharakter verschieden sein. Bei großen Erbfällen und großen bereits vorhandenen Vermögen kann die Steuer an dem Betrag bis auf 75 Prozent und unter Hinzurechnung der Nachlasssteuer bis zu einem Höchstbetrage von fast 80 Prozent hinausgehen. Dem Erwerb von Todes wegen wird der Erwerb durch unentgeltliche Zuwendungen unter Lebenden gleichgestellt. Es müßte jedoch hier zunächst auch für eine Befreiung derjenigen Schenkungen Sorge getragen werden, die in den letzten Jahren - vielfach in der Erwartung, daß durch Steuern erzipien zu können - vorgenommen wurden. Dem Entwurf über die Erbschaftsteuer sind, dem neuen Gesetz unterworfen sein. Schließlich ist in dem Entwurf eine Nachlasssteuer vorgesehen, die eine Befreiung des gesamten Vermögens des Verstorbenen, das bei seinem Tode vorhanden ist, betrifft.

Der Entwurf eines Grundbesitzsteuerergänzungs-Gesetzes will die verschiedenen Abgaben, die jetzt vom Reiche, von den Bundesstaaten und Kommunen beim Grundbesitz erhoben werden, vereinheitlichen. Es soll in Zukunft beim Eigentumsübergang die Grundbesitzsteuer des Reiches, und zwar in Höhe von 4 Prozent des gemeinen Wertes des Grundbesitzes erhoben werden, und davon die gesamten Steuern gleichmäßig verhältnismäßig beteiligt werden würden. Ferner ist vorgesehen eine einheitliche periodische Besteuerung gebundener Grundstücke oder von Grundbesitz, die im Eigentum von Personenvereinigungen usw. (wie bei den (Befreiung der "Toten Hand"), wenn 20 Jahre seit dem letzten steuerpflichtigen Besitzwechsel oder dem legitimalen Eintritt der Steuerpflicht gemäß den Vorschriften des Entwurfs verlossen sind. Die Steuer soll hier 2 Prozent betragen.

Der Entwurf eines Progressivsteuergesetzes will eine abermalige Abgabe auf solches Grundeigentum legen, das sich in der Ungleichheit von Festsetzungen befindet, bisher insofern gewisse Beschränkungen unterworfen war, namentlich aber, da eine baldige Beteiligung der Festsetzungen in weitem Umfange möglich ist, von den Beschränkungen befreit wird und somit einen unerwarteten Wertzuwachs erzielt. Im Entwurf eines Tabaksteuerergänzungs-Gesetzes wird eine Neugestaltung der Tabaksteuerung in der Richtung vorgeschlagen, daß von allen Tabakerzeugnissen eine nach ihrem Kleinverkaufspreise abgestufte Verbrauchsabgabe unter Verwendung von Steuerzeichen erhoben werden soll. Die Verbrauchsabgabepflicht für Zigaretten bewegen sich in 23 Abstufungen zwischen 8 Pf. für 1000 Stück und 500 Pf. für 1000 Stück je nach der Höhe der Kleinverkaufspreise. Die Abgabepflicht für Zigaretten bewegen sich in 11 Abstufungen zwischen 10 Pf. für 1000 Stück (bei Zigaretten bis zu 3 Pf. das Stück) und 140 Pf. für 1000 Stück (bei Zigaretten von über 25 Pf. das Stück).

Auch eine Erhöhung der Zuckerteuer wird notwendig. Es soll statt 14 Pf. in der Folge 20 Pf. für 100 Kilogramm Reingewicht betragen. Das würde einer Erhöhung des Kleinverkaufspreises um 8 Pf. für das Pfund gleichkommen.

Die Steuer für Zündhölzer und Zündkerzen soll vermindert werden, so daß z. B. für Schachteln mit 50 bis 60 Zündhölzern die Steuer 5 Pf. für jede Schachtel, für Schachteln mit weniger Zündhölzern 10 Pf. für jede Schachtel beträgt. Außerdem werden zum Schutze der Zündhölzindustrie und des

Ertrages der Zündwarenindustrie die Zuckerteuer zur Befreiung herangezogen. Auch eine Erhöhung des Eingangszolltarifs für vom Ausland eingeführte Zündhölzer und Zündkerzen ist vorgesehen.

Der Entwurf eines Vermögensgegenstandsteuer-Gesetzes bestimmt, daß alle von Bundesstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbänden erlassenen Vorschriften, nach denen eine Vermögensgegenstandsteuer erhoben wird, zurückfallen. An deren Stelle soll die Reichsvermögensteuer treten, von deren Ergebnis die Hälfte dem Reiche zufließen soll.

Das Kartenspiel soll ebenfalls in Zukunft steuerlich höher belastet werden. Die Steuer soll sich in der Folge für Kartenspiele von mehr als 24 bis einschließlich 48 Blättern auf 2 Mark belaufen; für Kartenspiele mit weniger Blättern mit mehr Blättern ermäßigt sich oder erhöht sich der Satz. Auch die vom Auslande eingeführten Spielkarten sind der Steuer unterworfen; sic werden überdies einen erhöhten Eingangszoll zu tragen haben.

Aus den neuen Steuervorlagen erwartet das Reichsfinanzministerium nach vorläufiger Schätzung folgende Einnahmen: Aus der Tabaksteuer eine Einnahme von 700-750 Mill. Mk., d. i. ein Mehr von 400 Millionen gegen bisher; aus der Erbschaftsteuer 500 Millionen, d. i. ein Mehr von 470 Millionen; aus der Zuckerteuer 350 Millionen, d. i. ein Mehr von 180 Millionen; aus der Vermögensgegenstandsteuer 30 Millionen; aus der Zündwarensteuer 50 Millionen, d. i. ein Mehr von 28 Millionen; aus der Grundbesitzsteuer 124 Millionen, d. i. ein Mehr von 74 Millionen; aus der Zuckerteuer 12 Millionen, d. i. ein Mehr von 8 Millionen; für die Kriegssteuerabgabe für 1919 fehlt bisher die Schätzung. Der Ertrag dürfte geringer sein als für 1918, da die Einzelpersonen für 1919 keine Abgabe vom Vermögen zu zahlen brauchen. Die neuen Steuern werden dem Reich insgesamt eine Mehreinnahme von etwa 1200 Millionen bringen. Dazu kommen die Erträge der Vermögenszuwachsabgabe, die bis zu 10 Milliarden Mark betragen wird.

## Die Übergabe der deutschen Ostgebiete an Polen.

Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages ist die Abtretung des größten Teils von Westpreußen an Polen von Deutschland und ihre Eingliederung in den polnischen Staat grundsätzlich anerkannt worden. Die Folgerungen aus dieser ergebnissen Angehörigen müssen gezogen werden. In dessen bleibt im Osten zunächst noch alles beim Alten; die im Februar festgelegte Linie wird auch während der nächsten Wochen von beiden Seiten anerkannt werden müssen, und die preussischen Behörden verfahren in den der Abtretung

# Das Ende des Eisenbahnerstreiks.

Nachdem es schon Ende voriger Woche hieß, der Eisenbahnerstreik sei beendet, und trotzdem gegen den Willen der Organisation weiterging, scheint er nunmehr, wie die antizipierenden Meldungen besagen, sein Ende erreicht zu haben. Mangeln sei Innehalten und Verzögerung ist durch den Streik, der am allermeisten die minderbemittelten Volksschichten getroffen hat, hervorgerufen worden. Großes Unbehagen hätte entstehen können, ist aber noch vermieden worden. Die Eisenbahnerorganisationen wählten, daß den ununterbrochenen Durchgehern das Schicksal der Eisenbahner völlig gleichgültig ist. Sie haben es abgelehnt, diesen Streit weiter mitzumachen, und der Eisenbahnerführer Brunner hat in Nürnberg auf dem Gewerkschaftsfestrecht offen ausgesprochen, daß es „im gegenwärtigen Augenblick ein Verbrechen aus deutschen Völker ist, zum Streik anzusetzen“. Brunner hat weiter gesagt: „und das bezeichnendste schlagartig die wahren Absichten derer, die die Eisenbahner in den Streik geführt haben - daß man die Eisenbahner noch bevor Verhandlungen stattfinden, zum Streik verleitet hätte. Im preussischen Staatsbahnausschuß, wo über die Eisenbahnerforderungen im Antrag unterstellt, in den Eisenbahnerkreisen, wie möglich entgegenzukommen, mit Ausnahme der Vertreter der unabhängigen Sozialdemokraten. Denen lag es also gar nicht daran, den Eisenbahner zu helfen. Im Gegenteil! Ihre Not sollte nach dem Willen der Unabhängigen nicht gelindert werden, weil dadurch viel leichter die Eisenbahner in eine Verzweiflungslage hätten verlegt werden können und das Ziel der Staatsführung leichter zu erreichen gewesen wäre. Es liegen eine ganze Reihe anderer Beweise für das seltsame Spiel vor, daß hier mit unabhängigen Arbeitern zum Schaden der besten Willenskräfte getrieben wurde. Bis hierhin blühte der Wind die Segel der „Volkstreu“. Aber wir haben den Höhepunkt erreicht, der letzte Aktum bevor, die ihre Hölle wegwässern sehen und die Verzweiflung im deutschen Völker, die Befreiung seiner Lebensverhältnisse fürchte, wird verleben und wir werden ausleben können trotz aller Fete, weil das Volk den Aufstand braucht und will.“

Berlin, den 2. Juli 1919. B.Z. meldet: Mit dem morgigen Tage findet ein Teil des Berliner Verkehrsstreiks sein Ende. Der Eisenbahnerstreik ist beendet. Der Vorstand der Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahnerverbandes erklärt hierzu:

Da wir und der Anstand nicht verhalten, daß der Eisenbahnerstreik in diesem Augenblick schwere Schädigungen für die Allgemeinheit mit sich bringt, haben wir uns entschlossen, unsere eigenen Interessen vorzüglich hinter denen der Allgemeinheit zurückzulassen. Wir haben daher unseren Mitgliedern empfohlen, dem morgigen Tage ab die Arbeit in vollem Ausmaße wieder aufzunehmen. Die Abkündigung, die in einer ganzen Reihe von Betrieben bereits stattgefunden hat, ergab eine feste Majorität für Abbruch des Streites.

Die Beilegung des Streites ist aber noch hauptsächlich an die Verordnung des Eisenbahnerführers zurückzuführen, wonach die Beamten und Arbeiter entlassen werden, die am morgigen Tage nicht die Arbeit aufnehmen würden.

verfallenen Gebietern weiter ihre Grenzlinien. Ebenso hat das deutsche Militär noch die Grenzen besetzt halten. Falls es nicht zu Zwischenfällen kommen sollte, wird sich der Übergang aus der deutschen in die polnische Hand recht vollziehen, wenn der Friedensvertrag ratifiziert und daraufhin ein allgemeines Einvernehmen zwischen beiden Vertragsparteien erzielt sein wird. Das dürfte in drei bis vier Wochen zu erwarten sein. Dann erst wird die Liebesgabe der deutschen Bevölkerung und des staatlichen Eigentums an die polnische Regierung erfolgen. Für den preussischen Staat dürften die bisherigen Oberpräsidenten Schnadenburg und v. Hilow als Staatskommissare mit außerordentlichen Vollmachten ernannt werden, um bei diesem Zeitpunkte die deutschen und preussischen Interessen zu vertreten.

## Ein republikanischer Offiziers- und Unteroffiziersbund.

Die unerfreulichen Vorgänge der letzten Zeit im Offizierskorps, die Stellungnahme verschiedener Truppenkörper aus Anlaß des Friedensschlusses gegen die Regierung, die zur Entlassung einer Anzahl Kommandeure führte, hat jetzt eine beachtenswerte Gegenwirkung gezeigt. Wie den P. P. N. mitgeteilt wird, ist unter dem Namen „Republikanischer Führerbund“ eine Bewegung im Gange, die den Zusammenschluß aller höheren und Unteroffiziere betrifft, die ehrlich auf dem Boden der Republik stehen. Der republikanische Führerbund will die Regierung gegen jeden gewalttätigen Umsturz schützen, ob er von rechts oder von links komme. Er erkennt nur die von einer freigestellten Volksgewalt eingeleitete Regierung als rechtmäßig an. Die Disziplin in der Armee soll nicht angefochten werden, aber die Führer, die die Disziplin handhaben, sollen auch volle Gewähr gegen jeden Mißbrauch ihrer Kommando-gewalt bieten. Deshalb verlangt der republikanische Führerbund, daß in die Wehrmacht der Republik in erster Linie republikanische Führer eingestellt werden und daß die jetzt vorzunehmende neue Schikane seitens des Reiches abgelehnt wird. Der neue Bund will dem Volke die Gewähr schaffen, daß die Wehrmacht aus sich selbst heraus jeden Mißbrauch zu reaktionären Fußgänger ablehnt. Die neue Organisation wird in der nächsten Zeit mit einer Verlamung an die Öffentlichkeit treten. Die Aufschreiter sind zu rüsten an Leutnant Müller-Brandenburg, Sength, Steinstraße 53 I.

## Schmerzhafte Verdächtigung des Reichspräsidenten.

Die Deutsche Zeitung bringt folgendes Telegramm: „Die Deutsche Zeitung, die wie sie hinlängst, den Vorzug hat, wahr zu sein: Hier Überwachungsstelle Barne-münde. Wer dort? Hier Reichspräsident Ober. 20.“

## Besserung der Lage.

Berlin, den 2. Juli. Das B.Z. drahtet: Das endgültige Resultat aus den Abstimmungen der Eisenbahner steht noch nicht fest, da Zeitresultate aus Hauptwerkstätten noch fast alle fehlen. Eine kleine Besserung der Lage ist insofern eingetreten, als eine Anzahl von Arbeiter in die Werkstätten zurückgekehrt ist. Das hat zur Folge gehabt, daß viele Güterzüge abgefertigt werden konnten. Es scheint Aussicht vorhanden zu sein, daß der Betrieb morgen in größerem Umfange aufgenommen werden kann. Der Gewerkschaftsbund der Eisenbahner hat sich ebenfalls für den Abbruch des Streites erklärt. Er schließt sich nicht an Agitatoren, die ohne eifrige Zustimmung zu machen suchen für das Verbleiben im Streik. Sie finden aber wenig Gegenliebe, da ihnen erwidert wird, daß bereits viele Arbeiter zu ihrem Arbeitsplatz zurückgekehrt sind und außerdem der Streikfonds fast gar keine Mittel mehr besitzt.

## Der Breslauer Eisenbahnerstreik beendet.

Wie die P. P. N. aus Breslau erfahren, ist der Eisenbahnerstreik wieder voll und ganz aufgenommen. Es streikten nur noch Metallarbeiter, die bis feinerzeit den Eisenbahner in einem Sympathiestreik angegeschlossen hatten.

## Der Verkehrsstreik.

Berlin, 2. Juli. Nach den bisher vorliegenden Berichten ist der heutige Streik in der gegen Städt ruhig verlaufen. Das Personal der Straßenbahn und Hochbahn hielt verordnete Versammlungen ab, doch ist es bis jetzt zu keiner Anhörung zwischen Direktor und Aufsichtsbekommen. Die Streikenden sind dem Personal der Omnibusgesellschaften in den Austausch. Das Aufsichtspersonal des Magistrats, dessen Ausschub gelten eine Protestfetsung wegen der Verhaftung des Führers der Baubeamtenbewegung Emonts überreichte, erklärt heute, in keinerlei Proteststreik eintreten zu wollen.

## Der Reichstagsminister.

Berlin, 2. Juli. (B.Z.). Das Reichstagsministerium gibt in einer Erklärung bekannt, daß es abgelehnt habe, in den Berliner Verkehrsstreik vermittelnd einzuschreiten. Es erwidert in diesem Sinne an verschiedene Berliner Zeitungen, die ihm erwidern, daß es am 2. Juni 1919 zwischen Reichstagsmitgliedern und Reichsministerin abgelehnter Tarifsetzung bestimmte, daß die Schlichtung von Streitigkeiten einem aus drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sowie einem unparteilichen, d. h. nicht beteiligten, Vorsitzenden übertragen werden soll. Diese habe aber am 2. Juni 1919 zwischen Reichstagsmitgliedern und Reichsministerin abgelehnter Tarifsetzung bestimmte, daß die Schlichtung von Streitigkeiten einem aus drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sowie einem unparteilichen, d. h. nicht beteiligten, Vorsitzenden übertragen werden soll. Diese habe aber am 2. Juni 1919 zwischen Reichstagsmitgliedern und Reichsministerin abgelehnter Tarifsetzung bestimmte, daß die Schlichtung von Streitigkeiten einem aus drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sowie einem unparteilichen, d. h. nicht beteiligten, Vorsitzenden übertragen werden soll.

## Das Aufsichtspersonal des Magistrats.

Das Aufsichtspersonal des Magistrats, dessen Ausschub gelten eine Protestfetsung wegen der Verhaftung des Führers der Baubeamtenbewegung Emonts überreichte, erklärt heute, in keinerlei Proteststreik eintreten zu wollen.



besetzte Ämtern, den jungen Herrn Scheibemann, der auf der Reife nach Dänemark ist, ohne Auswärtspapier zu besitzen zu lassen."

Dieser neue Versuch, den politischen Kampf mit persönlichen Verdächtigungen zu betreiben und dabei nicht davor zurückzuführen, selbst der höchsten Stelle ungelegte Andeutungen zu setzen, ist ein Zeichen der völligen Verfallens der Politik, nicht aber ein Zeichen der politischen Unfähigkeit des Ministerspräsidenten Scheibemann gar keinen Sohn hat.

### Wichtigende Beziehungen im Verkehr mit dem besetzten Gebiet.

Von zuständiger Stelle erfahren die V. O. N.: Die durch den automatischen Ablauf des Waffenstillstandes von besonderer Bedeutung gewordene Frage des Verkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten deutschen Gebiet wurde kürzlich beschlüsselt für der französischen Mission in Spa die Sprache gebracht. Der französische Staatschef erklärte, es sei für die nächste Zeit wichtige Verkehrsbeziehungen in Aussicht genommen, doch sei eine Entscheidung bisher noch nicht gefallen. Die Entente werde sicher bereit sein, sämtliche Interessen des besetzten Gebietes, die bisher großen Einschränkungen unterliegen, nach Möglichkeit zu erleichtern. Man müsse aber allseits die Notwendigkeit sein, welche Personen von der deutschen Regierung in das besetzte Gebiet entsandt werden. Um jedoch eine beschleunigte Rückkehr zu ermöglichen, beantragte man, die von der deutschen Regierung ausgesendeten Pässe an General Dupon in Berlin zurück zu lassen, der von den alliierten Mächten in Spa als Bevollmächtigter für die Besetzung des Gebietes ernannt worden. Die Besetzung der Gebietes soll bei der französischen Kommission in Frankfurt und Wiesbaden eingerichtet werden. Die Pässe für alliierte Angehörige, die nach dem nichtbesetzten Deutschland eintreten wollen, sollen von der deutschen Kommission in Versailles bzw. von der deutschen diplomatischen Vertretung in Paris wieder werden. Die französische Mission erklärte, sie hoffe die Entscheidung über den Verkehr im besetzten Gebiet in zwei bis drei Tagen herbeiführen zu können.

### Sozialistenverfolgungen in Elsaß.

In sozialistischen und gewerkschaftlichen Kreisen besteht man sich, wie dem Vorwärts in einem besonderen Bericht gemeldet wird, daß allerorten in ganz Elsaß-Lotharingen bereits eine inflexible, organisierte Sozialistenverfolgung eingeleitet hat. So werden die kleinen Mitgliederversammlungen der Partei und der Gewerkschaften im ganzen Elsaß jeweils von einem Offizier und zwei Gendarmen oder Soldaten überwachet. Das seit einigen Wochen in Kolmar erscheinende sozialistische Blatt „L'Echo Socialiste“ mußte auf Anordnung der Militärbehörde auf unbestimmte Zeit sein Erscheinen einstellen. Die Straßburger „Freie Presse“, das Organ der dortigen Sozialisten, ist ebenfalls auf die Dauer von vier Wochen von der Militärbehörde verboten worden; das gleiche Schicksal teilte die in Metz erscheinende sozialistische „L'Echo Socialiste“, die auf die Dauer von vierzehn Tagen verboten wurde. Im ganzen Elsass sind auf Verfügung der Militärbehörden alle Versammlungen verboten, die sich nicht zum Zweck der Befreiung der Arbeiterzeit beschäftigen wollen. Infolge dieses Vorgehens der französischen Behörden gegen die Arbeiterfront herrscht unter dieser eine ganz gewaltige Erbitterung, die sich bereits an einzelnen Orten durch spontane Streiks Luft gemacht hat, so in Schlettstadt, wo der Leiter und der Schriftführer der Streikenden verhaftet und nach dem Innern von Frankreich transportiert wurden.

Die Streikbewegung in Elsaß-Lotharingen greift laut „W. O. N.“ weiter um sich. Es streiken die Arbeiter der großen Elektrizität in Alshofen und Umgegend, ferner die Metallarbeiter und Bau- und Holzarbeiter; auch das Transportgewerbe streikt und sämtliche Arbeiter der Fabrikfabriken, Spinnereien und Webereien im Oberelsaß.

### Arbeiten im Reich.

Dortmund, 2. Juli. Die man von hier meldet, kam es heute vormittag zu schweren Lebensmittelpreisen. Eine große Menschenmenge strömte und plünderte auf dem Wochenmarkt die Verkaufstände, Polizei und Sicherheitswehr gingen mit der Rasse gegen die Plünderer vor. Wüßiger wurden vier Personen als tot und sechs als schwer verletzt gemeldet.

### Die Geschichte zweier Städte.

Man von Charles Dickens. Alles dieses haben Sie in einem Augenblick, wie ein Erzähler oder jedes Menschenkind in jeder Lebenslage eine Welt leben könnte, wenn Sie die Wärme. Sie traten von dem Fenster zurück, und der Doktor blinzelte fragend in seines Bräutes stolze Augen.  
„Sie eruchen die Gefanenen“, flüsterte Mr. Corry ihm zu, während er einen hohen Blick auf die verschlossenen Tür warf. Wenn Sie Ihren Sack über sich; wenn Sie wirklich die Macht haben, die Sie zu helfen glauben — und ich glaube, Sie haben die Macht — Sie können Sie die Fäden ziehen und lassen Sie sich von ihnen nach Sie hören und nicht aufgeben, was ich weiß, was nicht, aber warten Sie seine Minute länger!“  
Dr. Manette drückte ihm die Hand, er sagte barhäuptig aus dem Zimmer und war schon im Saal, als Mr. Corry wieder an dem Fenster trat.  
„Sein langes weißes Haar, sein elegantestes Gesicht und die unglaubliche Bewusstheit, mit der er die Waffen besetzte, brachten ihn in einem Augenblick die mitten in den Säulen, wo der Scheinfall stand. Ein paar Sekunden lang war er Pause, dann entsand ein Drängen, und man vernahm ein Gemurmel und den unerschütterlichen Klang seiner Stimme, und dann hörte Mr. Corry, wie er im letzten des letzten Saal mit dem Kopf hoch der Hofkellner stand, die Hände in den Taschen des Hofkellners, wie in der Halle und den Säulen und ließ sich von dem Hofkellner nach unten und nach oben, wie ein Kind und ein Kind, wie ein Kind.“

Dortmund, 2. Juli. Die Plünderungen in den Hauptstraßen dauerten den ganzen Nachmittag über an. Ruffel und Sicherheitswehr, die auch von diesen Wüßigern und Arbeitern in ihrem Ordnungsdienst unterstützt werden, gehen energisch gegen die Plünderer vor. Die Arbeiter der industriellen Werke, die seit heute nachmittag die Arbeit niedergelegt haben, verlangen die Wahrung der Sicherheitswehr. Gegen Abend ist ein Teil des Korps Bergmann hier eingedrückt. Ein anderer Teil soll morgen folgen.

Berlin, 2. Juli. (W. O. N.) Heute vormittag wurden auf dem Wochenmarkt sämtliche Verkaufsgstände gestrichelt und die Waren teilweise zu niedrigen Preisen verkauft, teils gestrichelt. Sicherheitswehr und Polizeimannschaften gingen ein, wobei Schüsse fielen. Es gab mehrere schwere Verwundete. Bis zum Abend geschloß sich die Polizei aus. Die energische Mäße wurde sich gegen die Sicherheitswehr und schickliche verschiedene Angehörige derselben. Die Plünderer dauern an.  
Berlin, 2. Juli. (W. O. N.) Heute vormittag wurde die Zahlung in Büchsen, so daß mit einem neuen Aufwand gerechnet werden muß. Seitdem ist ein Anstich der Kommissare und die Schulkolonne nach rechts und links. Die Unwesenheit ist ihrer Aufgabe nicht gewachsen.

### Die Verhandlung des Postbeamten Emants.

Wie die R. P. N. entnehmen, ist die Verhandlung des Postbeamten Emants gestern wegen seiner hochschwierigen Propagandastätigkeit von der Staatsanwaltschaft veranlaßt worden. Mit seiner Tätigkeit als Vertreter des Allgemeinen Verbandes der deutschen Postbeamten hat seine Verhandlung nichts zu tun.

### Die Reichstagswahlen.

Weimar, 2. Juli. (W. O. N.) Der Unterusaß des Verfassungsauslasses für die Vorberung des Gesetzes über die Reichsgerichtsbarkeit, insoweit hinsichtlich einer Ausgestaltung des Reichsgerichts, sind keine Arbeiten baldigst aufnehmen. Die Fertigstellung des Verfassungsauslasses wird sich demnach auch auf das Wahlfache beziehen.  
Berlin, 2. Juli. Im Verfassungsauslaß der Nationalversammlung zu Weimar hofft man die Besatzungsverträge etwa Mitte Juli zu erledigen. Von Oktober bis Dezember dürfte das Plenum der Nationalversammlung den vorliegenden Entwurf in Berlin aufarbeiten. Die allgemeinen Neuwahlen zum Reichstag werden nach der „W. O. N.“ voraussichtlich im Januar stattfinden.

### Kurze Notizen.

Bei der Abreise der deutschen Waffenstillstandskommission von Spa kam es zu deutschfeindlichen Kundgebungen.  
Der Reichsmittler a. D. Hr. Dr. Reuch ist für die meisten Arbeiter am Verfassungsausschuß mit der Vertretung des Reichsmittleramtes betraut worden.  
Die Reichsversammlung nahm eine Entschließung an, daß eine Volksschau darüber entscheiden solle, ob sich König Großherzog von Baden anschließen solle.  
Der Staatsanzeiger veröffentlicht Ausführungsbestimmungen über die Bestimmung des Vermögens des preussischen Königschaus.  
Der Parteitag der Deutschen demokratischen Partei findet in Berlin vom 19. bis 22. Juli statt. Die Bemühungen der sozialistischen demokratischen Partei, daß die Tagung in Leipzig stattfinden möchte, sind gescheitert.  
Der räumliche Saalmann, Peter Grp, ist als jetzt oft bekannt wird, am 22. Juli im Alter von 82 Jahren gestorben. Er bewies stets warme Sympathien für Deutschland. Er widerlegte sich auch der Kriegserklärung Deutschlands an die Zentralmächte, drang aber mit seinen Anhängern nicht durch.  
Wahlreform in Italien. Nitti hatte eine eingehende Besprechung mit den Abgeordneten Turati, Miceli und Camera, denen gegenüber er die Verpflichtung übernahm, in der nächsten Tagung der Kammer eine Vorlage über die Wahlreform mit Vorschlag und Projekt einzubringen.  
Wahlreform 2. Juli. Die Lage in der Baunhoff, in der die in Deutschland ist nicht hoch zu schätzen. Die Spinner bleiben bei ihrer ursprünglichen Forderung nach einer 40% jährigen Arbeitswoche und legen den Streik fort. Dadurch wird auch die Weber traktlos geworden.

### Letzte Demelehen.

Die Amerikaner gegen Wilsons „Bündelbund“.  
Rotterdam, 2. Juli. Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hielt Senator Hiram B. Johnson aus Kalifornien in der Carnegie-Halle in New York vor einer riesigen Menschenmenge eine Rede, in der er unter anderem den selbständigen Bündelbund scharf verurteilte.  
Der Name des Präsidenten Wilson wurde ausgesprochen.  
Johnson griff in seiner Rede auch England und Japan scharf an. Senator James Reed sprach, der Bündelbund sei der beste Preisstrahl, der in Zukunft aufstehende Kriege verursachen werde.

Madrid, 2. Juli. Die Kammer hat ein Abwehrgesetz vom gegen die Regierung mit 200 gegen 144 Stimmen abgelehnt.

### Preussische Landesversammlung.

W. O. N. Berlin, 2. Juli. 38. Sitzung vom 2. Juli, 1 Uhr. Der Antrag Dr. Ruer (Dem.) auf Annahme eines Gesetzes über die Sonderrechte von Schleswig-Holstein geht an den Gemeindevorstand aus.  
In dritter Beratung wird der Gesetzentwurf über die (Dem.) über Gewährung von Selbstfreiheit und Strafmilderung bei ebengerichtlichen Strafen gegen Ärzte angenommen. Der Gesetzentwurf zur Abänderung des Staatsdienstverordnungsregels wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Ebenfalls wird das Gesetz zur Abänderung des preussischen Gerichtsverordnungsregels in erster und zweiter Lesung erledigt.

In Fortsetzung der Beratung des Justizgesetzes spricht sich Hr. Vogel (Soz.) gegen das Gesetz zur Abänderung des Gerichtsverordnungsregels in erster und zweiter Lesung an. Er verlangt, daß die Vollstreckung des Urteils durch die Justizverwaltung durch den Justizminister zu bewerkstelligen ist, daß die Vollstreckung durch die Justizverwaltung durch den Justizminister zu bewerkstelligen ist.  
Justizminister A. v. Sehnhoff vertritt, daß die Vollstreckung des Urteils durch die Justizverwaltung durch den Justizminister zu bewerkstelligen ist, daß die Vollstreckung durch die Justizverwaltung durch den Justizminister zu bewerkstelligen ist.  
Hr. Dr. Heinke (Ztr.) wendet sich gegen den Gedanken eines Amnitiesgesetzes in dieser Zeit.  
Hr. Gottschalk (Dem.) tritt für Reform der Strafen ein.  
Hr. Dr. Klenke (Da.) tritt, bei der Vertiefung des Gesetzes die Rechte der Richter besonders zu berücksichtigen, und spricht sich gegen die Einführung der Vollstreckung für Schlichter und Geschworene aus. An der Ernennung der Richter sollte festhalten werden.  
Hr. Dr. Klenke (H. S.) führt aus, in der Zukunft habe sich das Ministerium bemüht. Bescheidlich ist unter Berücksichtigung der Rechte der Richter und der Rechte der Geschworenen zu entscheiden. Die Gesetzentwürfe bedarf der Vertiefung. Freunde und Angehörigen der Gesetzentwürfe sollte ohne jede Einschränkung die Kenntnis auflösen, Lebensmittel und die Befugnisse zu bestimmen.  
Minister A. v. Sehnhoff kommt auf die Angelegenheit der Vollstreckung zurück und legt dar, daß die Vollstreckung ein vornehmlich Sache der Justizverwaltung sei.  
Hr. Dr. Klenke (H. S.) hält den baldigen Erfolg eines neuen Strafgesetzes für sehr ersehnt. Die Justizverwaltung müßte vermehrt und weiter ausgebaut werden. Redner bestärkt die Gesetzentwürfe und die unrichtigen Annahmen.  
Verteidiger spricht Hr. Dellmann (Soz.), daß es ihm nicht einfallen sei, das Gesetz im Reichstagesrat zu verteidigen. Die Vollstreckung durch die Justizverwaltung ist ein Beweis für die Abhängigkeit des Vollstreckers von dem Richter, das durch das Gesetz über die Vollstreckung durch die Justizverwaltung durch den Justizminister zu bewerkstelligen ist, daß die Vollstreckung durch die Justizverwaltung durch den Justizminister zu bewerkstelligen ist.  
Hr. Dr. Klenke (H. S.) führt aus, in der Zukunft habe sich das Ministerium bemüht. Bescheidlich ist unter Berücksichtigung der Rechte der Richter und der Rechte der Geschworenen zu entscheiden. Die Gesetzentwürfe bedarf der Vertiefung. Freunde und Angehörigen der Gesetzentwürfe sollte ohne jede Einschränkung die Kenntnis auflösen, Lebensmittel und die Befugnisse zu bestimmen.  
Minister A. v. Sehnhoff kommt auf die Angelegenheit der Vollstreckung zurück und legt dar, daß die Vollstreckung ein vornehmlich Sache der Justizverwaltung sei.

Hr. Dr. Klenke (H. S.) hält den baldigen Erfolg eines neuen Strafgesetzes für sehr ersehnt. Die Justizverwaltung müßte vermehrt und weiter ausgebaut werden. Redner bestärkt die Gesetzentwürfe und die unrichtigen Annahmen.  
Verteidiger spricht Hr. Dellmann (Soz.), daß es ihm nicht einfallen sei, das Gesetz im Reichstagesrat zu verteidigen. Die Vollstreckung durch die Justizverwaltung ist ein Beweis für die Abhängigkeit des Vollstreckers von dem Richter, das durch das Gesetz über die Vollstreckung durch die Justizverwaltung durch den Justizminister zu bewerkstelligen ist, daß die Vollstreckung durch die Justizverwaltung durch den Justizminister zu bewerkstelligen ist.  
Hr. Dr. Klenke (H. S.) führt aus, in der Zukunft habe sich das Ministerium bemüht. Bescheidlich ist unter Berücksichtigung der Rechte der Richter und der Rechte der Geschworenen zu entscheiden. Die Gesetzentwürfe bedarf der Vertiefung. Freunde und Angehörigen der Gesetzentwürfe sollte ohne jede Einschränkung die Kenntnis auflösen, Lebensmittel und die Befugnisse zu bestimmen.  
Minister A. v. Sehnhoff kommt auf die Angelegenheit der Vollstreckung zurück und legt dar, daß die Vollstreckung ein vornehmlich Sache der Justizverwaltung sei.

### Bermittlichtes. Der Galtonhofwirt.

Das lange Haar geschloß, woran ihm das Gesicht gleich merkt, die Nase tip-top aufrecht, die Hemdenbrust famos gefächert, spricht er beim Tee mit Grobbestimmte von „unserer“ unerträglich schönen Welt und kommt mit einem „Guten Morgen“ allen Irren und Lob.  
Die ganze Welt wird er vernichten, zu Schrift und Nasse soll sie erst bereinigt, dann wird er seine neue Theorie erziehen und aus der Anarchie wird alles wunderbar erziehen. Und endlich kommt das Rollen großer Sohn, der Welt die Würde zurückbringen wollen. (Große Sätze und drängt sich ein Auto gegen ihn zur — „Biedermaus“ zu bringen. v. Weismann.)  
Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Max Schaubert, für den Anzeigenteil: Max Schaubert, beide in Halle. Druck und Verlag der Reichsdruckerei in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.  
30. Kapitel. Der Schatten. Eine der ersten Erwägungen, die sich mit dem Gedankenschaubild in der Welt verbinden, war die Idee, daß ein Teil des Lebens durch Aufnahme der Gattin eines eingekerkerten Emigranten unter dem Namen der Welt in Gefahr zu bringen.  
Zuerst brachte er an Dejazot, den er in dem Weinhaus aufsuchen und über den sichersten Aufenthaltsort bet dem ungenutzten Teil der Welt der Stadt zu Rufe ziehen wollte. Aber diese Erwägung, die sich auf diesen Mann brachte, rief auch wieder von ihm ab, dann er wollte in dem am meisten salutarisierten Viertel und war ebenfalls dort von großem Einfluß und viel verachtet in seine gefährlichen Umtriebe.  
Und jede Minute heraus Teilens mehr gefährden konnte, ging Mr. Corry mit Duce zu Rufe. Sie sagte, daß ihr Vater davon gesprochen habe, in diesem Viertel in der Nähe des Bankhauses eine Wohnung auf kurze Zeit zu mieten. Da von reichlichen finanziellen Mitteln begünstigt, dachte Mr. Corry voraus, daß, falls man alles mit Charles zum ging und er wieder frei wurde, er doch feierliche die Stadt verlassen könnte, die ganze Erde, um eine solche Wohnung zu finden, und fand eine passende Welt mitten in einer abgelegenen Reibehütte, wo die gefährlichsten Parteien aller anderen Parteien eines hohen melanchole. Gattinbesitzer verstanden, hat alles verlassen sei.  
Nach dieser Wohnung brachte er sofort Duce und ihr Kind und Mr. Corry, und richtete sie dort so komfortabel ein, als ihm selbst mit Unterben seiner eigenen Komforts möglich war. Er ließ bei ihnen keine Person, als ein Mann aus Australien, den er einen Wächter, das heißt ein den Kopf aussetzen konnte, und führte dann zu seinen eigenen Gefährten zurück. Wie heißt sagen Irrtüme und schwere Sorgen seine Aufmerksamkeit davon ab, und langsam verfiel ihm der Kopf.  
(Fortsetzung folgt.)

**Ämtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.**

**Berordnung über Zehndsteuer.** Auf Grund der §§ 12 und 15 Abs. 3 der Bekanntmachung über die Erhebung von Preisprüfungsstellen und die Preisverordnungen vom 25. September 1915 (S. 631, S. 607) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. November 1915 und vom 2. Juni und 2. Juli 1916 (S. 631, S. 725 und 1916 S. 429 u. 673) wird gemäß Änderung des Preußisch-Preussischen Staatsministeriums für Volkswirtschaft vom 24. Mai 1919 - VI b 1712 - für die Provinz Sachsen bestimmt: § 1. Als Richtpreis für den Verkauf von Zehndsteuer sind dem Verkäufer nicht für ein weiteres 50 Pf. für ein Pf. festgesetzt. Über diesen Richtpreis überhöhen, kann der Gefahr einer Strafhaftung nach der Verordnung gegen Preisstreiber vom 8. Mai 1919 (S. 631, S. 805) aus. § 2. Diese Verordnung tritt am 1. Juli in Kraft.

Wagdeburg, den 21. Juni 1919.  
Die Oberpräsident, gez. von der Schulenburg.  
Diese Bekanntmachung wird hiermit zur Kenntnis gebracht.  
Halle, den 2. Juli 1919. Der Magistrat.

**Lebensmittel-Kalender.**

**Städtischer Verkauf von Mehl, Fett und Rohwurstwaren** in der Talamtsküche an diejenigen Haushalte, die bei der letzten Verteilung von Mehl, Fett und Rohwurstwaren noch nicht bedient worden sind. Zugelassen zum Einkauf am Freitag, den 4. Juli, vorm. von 8-12 Uhr, und 27 001-53 000 nachm. von 2-6 Uhr, ferner 53 001-74 000 am Sonnabend, den 5. Juli, vorm. von 8-11 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelheftes kann an Haushalte mit einer Person eine 1/2-Rg.-Dose zum Preise von 530 Pf., mit zwei bis vier Personen eine 1-Rg.-Dose zum Preise von 11 Pf., mit fünf bis acht Personen eine 2-Rg.-Dose zum Preise von 22 Pf., für weitere vier Personen eines Haushaltes noch eine 1-Rg.-Dose zum Preise von 11 Pf. abgegeben werden. Die Mehl-, Fett- und Rohwurstwaren sind auf dem städtischen Schlachthaus und unter städtischer Aufsicht bereitgestellt worden. Abgeschiedenes Geld ist bereit zu halten.

**Städtischer Verkauf von Kerzen** in der Talamtsküche am Freitag, den 4. Juli, Zugelassen zum Einkauf werden die Haushalte der Lebensmittelheft mit den Nummern 31 000 bis 53 000 am Freitag, den 4. Juli, vorm. von 8-12 Uhr und die Haushalte der Nummern 27 000 bis 31 000 nachm. von 2-6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ein größeres Stück zum Preise von 70 Pf. abgegeben werden. Papier oder Tafeln sind mitzubringen. Der Lebensmittelheft ist vorzuliegen. Abgeschiedenes Geld ist bereit zu halten.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Freitag, den 4. Juli, auf den Abtritt 18 für die eintragenden Kunden bei dem Milchhändler Schenking, Torsteinst. 38, und in den Verkaufsstellen der

Hamburger Markert, Ständeh. 33 (nur nachm. von 2-6 Uhr) und Marktst. 20/21. Auf jeden Abtritt wird 1/2 Pfund abgegeben. Die abgetrennten Abtritte sind bis 7. Juli abzuliefern.

**Grauen und Nudeln.** Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Grauen und Nudeln wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Freitag, den 4. Juli. Für jede Person eines Haushaltes werden 1/4 Pfund Grauen und 1/4 Pfund Nudeln abgegeben. Der Verkaufspreis für Grauen beträgt 44 Pfennige und für Nudeln 66 Pfennige für das Pfund. Es kommen bis auf weiteres nur noch billigeres Grauen zum Verkauf. Die Käufer sind verpflichtet, bei weichen die zum Bezug von Rationalwaren in die Rationstafeln eintragen sind. Der Verkauf für Grauen erfolgt unter Abtrennung der Marke 351 und der Verkauf von Nudeln unter Abtrennung der Marke 352 des Warenzeichnisses 23. Die Verteilung der Marken zu Hunderten geschieht im Käufer sind verpflichtet, Marktplatz 22, 1. Obergeschoss (Saal links), binnen acht Tagen unter Angabe ihres Heftbuches einzuweisen. Zuweilnehmungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

**Einzelweine.** Dem Magistrat der Stadt Halle sind größere Mengen feiner und garlicher Rotweine eingewickelt worden. Diejenigen Weinhandlungen, welche den Verkauf des Weines an das Publikum übernehmen wollen, werden aufgefordert, ihren Bedarf innerhalb 3 Tagen beim Stadternährungsamt, Zimmer 11, schriftlich anzumelden. Nur solche Firmen, welche in die Verzeichnisse des halleschen Weinhandelsvertriebes haben, können zum Verkauf zugelassen werden. Die Nummer der Vertriebsliste ist bei der Bestellung anzugeben. Kleinere Mengen als Originalflaschen von ungefähr 50-60 Flaschen können nicht abgegeben werden. Der Verkaufspreis des Weines beträgt 6 Mark einschließlich 20 Proz. Anbahnsteuer.

**Zuckerwaren für Selbstverbraucher.** Die Inhaber von Gastwirtschaften werden aufgefordert, die auf ihren Betrieb entfallenden Zuckermengen, am Freitag, den 4. Juli, 8-12 Uhr am Montag, den 5. Juli, 8-12 Uhr am Dienstag, den 6. Juli, 8-12 Uhr am Mittwoch, den 7. Juli, 8-12 Uhr am Donnerstag, den 8. Juli, vormittags von 8-12 Uhr im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoss, Zimmer 6, abzugeben. Ein Hinweis ist mitzubringen. Am Dienstag, den 8. Juli, findet die Ausgabe der Marken nicht statt.

**Ämtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.**

**Zufukausweise für Kraftfahrzeuge.** Alle Zufukausweise in den Zulassungsbekundigungen für Kraftfahrzeuge sind umgehend wieder abzugeben der Zulassungsbekundigungen in dem Polizeibüro, Rathaus, Eingang Marienstraße, Postkasten 1919. Die Polizeiverwaltung, Weißenfels, den 28. Juni 1919.

**Ausgabe der Reichsfließkarten.** Die Ausgabe der Reichsfließkarten erfolgt am Freitag, den 4. und Sonnabend, den 5. Juli von 8-11 Uhr im Polizeibüro, Rathaus, Eingang Marienstraße, Postkasten 1919. Die Ausgabe der Reichsfließkarten erfolgt am Freitag, den 4. und Sonnabend, den 5. Juli von 8-11 Uhr im Polizeibüro, Rathaus, Eingang Marienstraße, Postkasten 1919. Die Ausgabe der Reichsfließkarten erfolgt am Freitag, den 4. und Sonnabend, den 5. Juli von 8-11 Uhr im Polizeibüro, Rathaus, Eingang Marienstraße, Postkasten 1919.

**Ausgabe der Reichsfließkarten.** Die Ausgabe der Reichsfließkarten erfolgt am Freitag, den 4. und Sonnabend, den 5. Juli von 8-11 Uhr im Polizeibüro, Rathaus, Eingang Marienstraße, Postkasten 1919. Die Ausgabe der Reichsfließkarten erfolgt am Freitag, den 4. und Sonnabend, den 5. Juli von 8-11 Uhr im Polizeibüro, Rathaus, Eingang Marienstraße, Postkasten 1919.

**Ämtliche Bekanntmachungen für Bitterfeld.**

**Ausgabe von Mehl und Zuckerarten.** Die weitere Ausgabe der Mehl- und Zuckerarten erfolgt Donnerstag, den 3. d. M. für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben A bis R, am Freitag, den 4. d. M. für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben S bis Z, am Samstag, den 5. d. M. für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben AA bis ZZ, gegen Vorlegung des Lebensmittelheftes. Die Kartenaufbereitung hat nur durch erwachsene Personen zu erfolgen. Es wird darauf hingewiesen, daß ein jeder Wochenabschnitt der jetzt zur Ausgabe gelangenden Mehlarten mit dem Stempel des Magistrats Bitterfeld versehen sein muß. Die Inhaber der Mehlhandlungen sind verpflichtet, die Mehlhandlungen mit den Mehlhandlungen zu versehen. Die Mehlhandlungen sind ohne weiteres zur Verfügung zu stellen. Die Mehlhandlungen sind ohne weiteres zur Verfügung zu stellen. Die Mehlhandlungen sind ohne weiteres zur Verfügung zu stellen.

**Walhalla-**  
Operetten-Theater.  
Operetten-Gastspiel  
Dir. Felix Melchard.  
**Ihre Hoheit — die Tänzerin.**  
Operette von F. Felix und R. Benz.  
Musik v. Walter Gölze.  
Halle v. 10-12 u. 4-6.

**Stadt-Theater**  
Freitag, 4. d. Juli 1919.  
Abt. 7. Ende 9 Uhr.  
Hummelblütchen.  
Einschneidende Geschichte von Overweg.  
Sonnabend.  
Die Rose von Stambul.  
**Chalix-Theater**  
Hauptspiel  
Städtischer Verein.  
Sonnabend, den 6. Juli 1919.  
abends 7 Uhr.  
„Der Olfassarium“.  
Bauernkomödie von Anzeubler.

**Wirtschaft-, Kunst und Weltanschauung im kapitalistischen Zeitalter**  
entworf. in 12 großen Vorträgen in den vom Sozialdemokratischen Verein veranstalteten  
**Volkstümlichen Bildungskursen**  
durch die Herren Professoren Waentig, Waetzold und Meizer in Auditorium maximum der Universität.  
Beginn Montag, den 7. Juli abends 8 Uhr, letzter Vortrag Montag, den 1. August 1919. Karten à 30 Pf. — für Mitglieder des Vereins halbiert und bis Sonnabend mittags in der Expo-Halle der Volkshilfe zu haben. 5092

**Bad Wittekind.**  
Freitag den 4. Juli 1919, nachmittags 3 Uhr:  
**Kur-Konzert**  
angelehnt von der Kapelle des Reichs-Regie. Nr. 94.  
Leitung: Kapellmeister S. Haupt.  
Orchester: 60 Mitglieder.  
Rinder 40 + Dauerkarten 6, 6 Pf. Gültigkeit.  
Täglich 6 Uhr Frühkonzert.

**Apollo-Theater.**  
Sonnabend abends 8 Uhr:  
Die Kinokönigin  
Freitag, den 4. Juli, abends 8 Uhr.  
Erstausführung:  
„Die geschiedene Frau“  
Sonderausführung:  
Ballett: 9. 10. 5. 4. 7.  
Schlag der Ungezogen:  
Sonnabend 10 Uhr.

**Das Erfurter Programm**  
von Kautsky.  
Pr. 1.20 Mk.  
Buchhandlung der „Volksstimme“.

**Buchhandlung der Volksstimme**  
Sonnabend wieder eingetroffen:  
**Die Stimme aus dem Grate**  
von Jean Jaures  
in deutscher und französischer Sprache.  
Preis 1.50 Mk.

**Buchhandlung der Volksstimme**  
Fernsprecher 5407 HALLE Gr. Ulrichstraße 27  
Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:  
**Die Gleichheit** Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer 5 Pf.  
**In freien Stunden** Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von 20 Pf.  
**Der Wahre Jacob** Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer 15 Pf.  
**Berliner Illustrierte Zeitung** Einzelnummer 20 Pf.  
**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek** herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca 50 verschiedene Bändchen 20 Pf.  
**Dokumente zum Weltkrieg** Bearbeitet von Eduard Bernstein.  
**Reichhaltige Roman-Bibliothek** der beliebtesten Autoren.  
**Für die Schneiderei:**  
Modenzettel / Frauenzeitung / Praktische Damensmode / Hausschneider / Sonntagszeitung / Deutsche Modenszeitung

**Beachten Sie**  
unsere Telefon-Nummern:  
**5407 Verlag und Expedition**  
**6802 Redaktion**  
**„Volksstimme“**  
Stellen finden.  
**Schneider**  
für Großstücke für Herren- und Damen-Arbeit, sowie Kotten  
auf Werkstelle für dauernd gesucht.  
**Albert Drechsler Nachf.**

**Wichtig für Landwirte u. Fahrwerksbesitzer!**  
**Verkauf v. Heeresfahrzeugen**  
(schwere und leichte Feldwagen)  
findet in der  
**Munitionsanstalt Beesen**  
(Artillerie-Exerzierplatz)  
am Sonnabend, den 5. Juli, von vormittags 9 Uhr ab statt.  
**Reichsverwertungsamt**  
Zweigstelle Halle a. S. +5090

**Verreist bis Mitte August**  
Vertreter: Frl. Dr. Ahrenholz, Alte Promenade  
Frau Dr. Grein-B.,  
Dr. Zeiss, Martinstberg.  
Dr. med. Herbert Schoen,  
Frau Dr. med. Ellsab. Schoen,  
Alte Promenade 1.

**Einen Wichtigen Annoncen-Akquisiteur**  
steilt ein  
**Verlag der Volksstimme**  
Gr. Ulrichstr. 27.  
Schriftliche Bewerbungen bis 7. d. Mts. an den Verlag erbeten.







